

# Mensch oder Sonne? Wer ist verantwortlich für den Klimawandel?

Die AfD lud in Braunschweig zum Streitgespräch. Das war ein Kampf der Kulturen. Der AfD-nahe Verein Eike unterstellt der Mehrheit der Klimaforscher Täuschung.

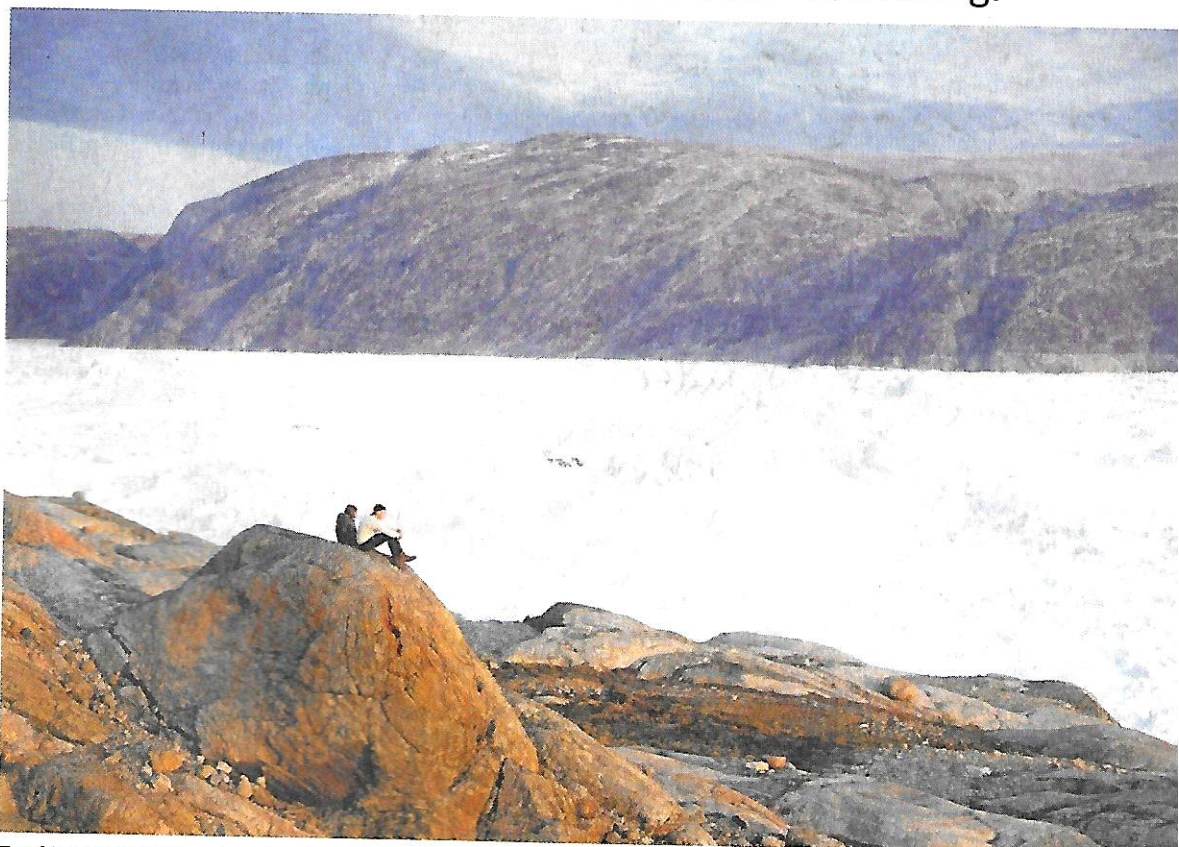
Von Andreas Schweiger

**Braunschweig.** Ausgesprochen hitzig ging es am Donnerstagabend vor und in der Stadthalle Braunschweig zu. Anlass der Aufregung war eine Podiumsdiskussion zum Thema Klimaschutz, zu der die AfD-Fraktion im Regionalverband Großraum Braunschweig eingeladen hatte. Damit bekam der Abend gleich doppelte Zündkraft: Nicht nur die Diskussion über Klimawandel und Klimaschutz polarisiert wie derzeit kaum ein zweites Thema, sondern auch die AfD selbst, weil sich die Partei am rechten politischen Rand bewegt, und der Rechtsaußenflügel der AfD Kontakte zur rechtsextremen Szene unterhält.

Wie sehr der Aufstieg der Partei breite Bevölkerungsschichten beschäftigt, zeigte der AfD-Bundesparteitag vom 29. November bis 1. Dezember in Braunschweig. Mehr als 20.000 Menschen beteiligten sich an einer friedlichen Gegen demonstration.

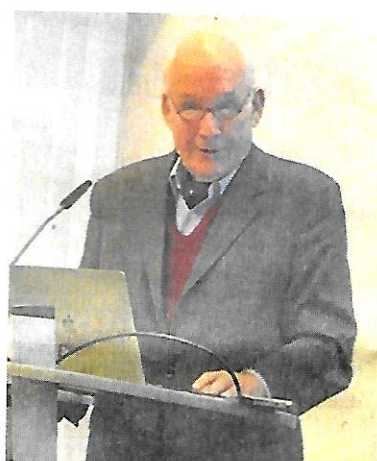
Nicht ganz so freundlich war es dann Donnerstagabend. Vor der Diskussionsveranstaltung fand sich an der Stadthalle auf Höhe Ottmerstraße eine Gruppe links-orientierter Demonstranten ein, die der ebenfalls anwesenden Polizei Slogans wie „Deutsche Polizisten schützen Nazis und Faschisten“ entgegenschleuderte und sich mit ihr kurzzeitig rangelte. Zudem verpörrten Demonstranten wie eine linke Bürgerwehr Passanten den Durchgang, verlangten von ihnen eine Rechtfertigung, warum sie zur Stadthalle wollten, und titulierten jene, die die Antwort verweigerten, auch schon mal als „AfD-Schwein“.

Wer dennoch über einen Umweg auf die Rückseite der Stadthalle gelangte und sich in die Warteschlange einreichte, um die Leibesvisitation über sich ergehen zu lassen, wurde dort Zeuge harter Diskussionen unter AfD-Gegnern. Da gab es die Fraktion, die unbedingt mitdiskutieren wollte, und jene, die eine Teilnahme strikt ablehnte, weil eine Beteiligung die Partei hoffähig mache. Dabei ist die AfD als gewählte Partei doch bereits längst in zahlrei-



Zwei Nachwuchsforscher der New York University sitzen in Grönland auf einem Felsen mit Blick auf den Helheim-Gletscher. Der Sommer 2019 bescherte der Insel ungewöhnlich hohe Temperaturen. Das grönländische Eis schmilzt, was zu einem dramatischen Anstieg des Meeresspiegels beitragen könnte.

FOTO: FELIPE DANA / DPA



Michael Limburg vom Verein Eike lehnt die These vom menschengemachten Klimawandel ab. Ursächlich sei vor allem die Sonne.

eigene politische und wirtschaftliche Interessen besser durchsetzen zu können.

Auf der anderen Seite stand Jürgen Kuck. Der Professor für Energiemanagement und Gastechnik an der Ostfalia-Hochschule in Wolfenbüttel folgt der Position der großen



Professor Jürgen Kuck von der Ostfalia-Hochschule ist überzeugt, dass der Mensch Ursache des Klimawandels ist.

FOTOS: ANDREAS SCHWEIGER

rend der gesamten Veranstaltung an die Spielregeln.

Dann ging es los: Kuck nannte als Hauptgrund der Erderwärmung den Treibhauseffekt. Treibhausgase wie CO<sub>2</sub>, Methan und Lachgas verhinderten, dass von der Erde ausgehende Wärmestrahlung wieder

Limburg wies auf Gegenmodelle zu den in der Wissenschaft dominierenden Thesen hin, die jedoch nicht berücksichtigt würden. Als Beispiel führte Limburg den amerikanischen Physiker Robert Williams Wood auf, der bereits 1909 die These des Treibhaus-Effektes widerlegt habe. Demnach erwärmen die Treibhausgase die Erde nicht, sondern kühlen sie sogar.

Ursache für den Klimawandel sei nicht das durch den Verbrauch fossiler Energie freigesetzte CO<sub>2</sub>, sagte Limburg. Stattdessen habe es immer schon Klimasprünge gegeben, ursächlich dafür seien natürliche Faktoren – allen voran die Sonne als größter Energie-Lieferant der Erde. Sonnenwinde und die kosmische Höhenstrahlung hätten großen Einfluss auf die Wolkenbildung auf der Erde. Eine weitere These Limburgs: CO<sub>2</sub> sei keineswegs schädlich, stattdessen profitiere von der zunehmenden Konzentration des Gases das Pflanzenwachstum.

beschäftigt, zeigte der AfD-Bundesparteitag vom 29. November bis 1. Dezember in Braunschweig. Mehr als 20.000 Menschen beteiligten sich an einer friedlichen Gegen-

demonstration. Nicht ganz so freundlich war es dann Donnerstagabend. Vor der Diskussionsveranstaltung fand sich an der Stadthalle auf Höhe Ottmerstraße eine Gruppe links-orientierter Demonstranten ein, die der ebenfalls anwesenden Polizei Slogans wie „Deutsche Polizisten schützen Nazis und Faschisten“ entgegenschleuderte und sich mit ihr kurzzeitig rangelte. Zudem versperrten Demonstranten wie eine linke Bürgerwehr Passanten den Durchgang, verlangten von ihnen eine Rechtfertigung, warum sie zur Stadthalle wollten, und titulierten jene, die die Antwort verweigerten, auch schon mal als „AfD-Schwein“.

Wer dennoch über einen Umweg auf die Rückseite der Stadthalle gelangte und sich in die Warteschlange einreichte, um die Leibesvisitation über sich ergehen zu lassen, wurde dort Zeuge harter Diskussionen unter AfD-Gegnern. Da gab es die Fraktion, die unbedingt mitdiskutieren wollte, und jene, die eine Teilnahme strikt ablehnte, weil eine Beteiligung die Partei hoffähig mache. Dabei ist die AfD als gewählte Partei doch bereits längst in zahlreichen deutschen Parlamenten vertreten.

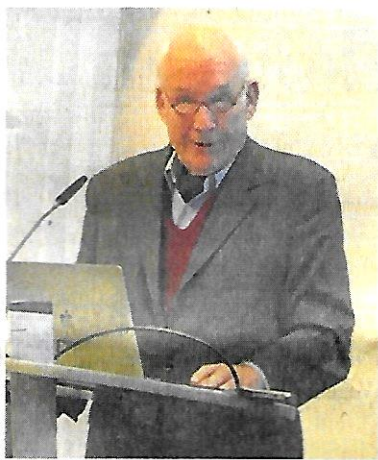
Überwiegend sachlich, aber nicht weniger intensiv, verlief die knapp zweieinhalbstündige Klimaschutz-Diskussion vor etwa 100 Zuhörern. Der Grund für die lebhafteste Debatte: Die Positionen der Referenten konnten kaum unterschiedlicher sein. Vor der Veranstaltung sagte Gunnar Scherf von der AfD Braunschweig unserer Zeitung, die Partei habe sich bewusst für dieses Format entschieden, um den Zuhörern die Gelegenheit zu bieten, sehr unterschiedliche Positionen zum Klimawandel kennenzulernen. Das diene der Meinungsbildung – auch innerhalb der Partei.

Auf der einen Seite stand Michael Limburg, Gründungsmitglied und Vizepräsident des in Jena beheimateten Vereins Eike. Das Kürzel steht für Europäisches Institut für Klima und Energie. Die Position des Elektro-Ingenieurs und Mess- und Regelungstechnikers: Der Klimawandel ist zwar da, aber nicht hauptsächlich von Menschen verursacht. Stattdessen seien natürliche Faktoren ursächlich. Das ist die Linie, die überwiegend innerhalb der AfD vertreten wird. Sie geht davon aus, dass die Klimaforschung von der Politik instrumentalisiert wird, um



**Zwei Nachwuchsforscher der New York University sitzen in Grönland auf einem Felsen mit Blick auf den Helheim-Gletscher. Der Sommer 2019 bescheerte der Insel ungewöhnlich hohe Temperaturen. Das grönländische Eis schmilzt, was zu einem dramatischen Anstieg des Meeresspiegels beitragen könnte.**

FOTO: FELIPE DANA / DPA



**Michael Limburg vom Verein Eike lehnt die These vom menschengemachten Klimawandel ab. Ursächlich sei vor allem die Sonne.**

eigene politische und wirtschaftliche Interessen besser durchsetzen zu können.

Auf der anderen Seite stand Jürgen Kuck. Der Professor für Energiemanagement und Gastechnik an der Ostfalia-Hochschule in Wolfenbüttel folgt der Position der großen Mehrheit der Wissenschaftler weltweit: Der Klimawandel stehe ohne jeden Zweifel in direktem Zusammenhang mit dem steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß, für den der Mensch seit dem Hochlaufen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert verantwortlich ist – vor allem durch das Verbrennen fossiler Energien wie Kohle, Öl und Gas. Kuck hat ein eigenes Modell entwickelt, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken. Durch das beschleunigte Stilllegen von Kohleminen und Ölquellen werde der Preis für fossile Energie künstlich erhöht. Dadurch werde wiederum der Ausbau erneuerbarer Energie gefördert.

Den Auftakt der Kontroverse machte Kuck mit seinem Vortrag. Bevor er ins Fachliche ging, fand er noch einige persönliche Worte. Kuck sprach von einem besonderen Abend, weil sich Menschen „mit völlig unterschiedlichen Ansichten zusammengefunden haben, um gemeinsam zu diskutieren“. Das habe in Deutschland mittlerweile Seltenheitswert; Braunschweig könne Ausgangspunkt für einen neuen Dialog der unterschiedlichen Lager werden. Die Bitte Kucks um eine sachliche Diskussion unterstützten die Zuhörer geschlossen mit kräftigem Beifall. Sie hielten sich wäh-



**Professor Jürgen Kuck von der Ostfalia-Hochschule ist überzeugt, dass der Mensch Ursache des Klimawandels ist.**

FOTOS: ANDREAS SCHWEIGER

rend der gesamten Veranstaltung an die Spielregeln.

Dann ging es los: Kuck nannte als Hauptgrund der Erderwärmung den Treibhauseffekt. Treibhausgase wie CO<sub>2</sub>, Methan und Lachgas verhinderten, dass von der Erde ausgehende Wärmestrahlung ungehindert ins Weltall entweichen könne. Stattdessen absorbierten die Treibhausgase die Wärmestrahlung und wirkten so wie eine Wärmedämmung. Das Sorge so für eine weltweit zu messende Erwärmung der Erdoberfläche.

Die Folgen seien dramatisch: Gletscher schmolzen, Permafrostböden tauten auf, Landstriche versteppten, Wetterextreme häuften sich. Kuck warnte vor Kipp-Effekten. Soll heißen: Durch den Klimawandel ausgelöste Prozesse, zum Beispiel das Freisetzen von Treibhausgasen, die bisher in Permafrostböden gebunden sind, würden sich selbst verstärken und könnten die klimatischen Veränderungen so noch beschleunigen sowie zusätzliche negative Folgen verursachen. Um seine These zu stützen, zeigt er zahlreiche Grafiken und Tabellen mit Berechnungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Die Glaubwürdigkeit dieser Berechnungen und Untersuchungen wurden von Kucks Gegenpart Limburg hingegen bezweifelt. Sein Argument: Häufig handele es sich um theoretische Modelle, die nicht durch Naturbeobachtungen gedeckt seien. Zudem würden viele Messmethoden keinen wissenschaftlichen Standards genügen.

Limburg wies auf Gegenmodelle zu den in der Wissenschaft dominierenden Thesen hin, die jedoch nicht berücksichtigt würden. Als Beispiel führte Limburg den amerikanischen Physiker Robert Williams Wood auf, der bereits 1909 die These des Treibhaus-Effektes widerlegt habe. Demnach erwärmen die Treibhausgase die Erde nicht, sondern kühlen sie sogar.

Ursache für den Klimawandel sei nicht das durch den Verbrauch fossiler Energie freigesetzte CO<sub>2</sub>, sagte Limburg. Stattdessen habe es immer schon Klimasprünge gegeben, ursächlich dafür seien natürliche Faktoren – allen voran die Sonne als größter Energie-Lieferant der Erde. Sonnenwinde und die kosmische Höhenstrahlung hätten großen Einfluss auf die Wolkenbildung auf der Erde. Eine weitere These Limburgs: CO<sub>2</sub> sei keineswegs schädlich, stattdessen profitiere von der zunehmenden Konzentration des Gases das Pflanzenwachstum.

In der anschließenden Diskussion meldeten sich zahlreiche Zuhörer beider Lager mit ihren Fragen zu Wort. Die vielleicht entscheidende Frage stellte einer der Besucher am Ende der Veranstaltung: Welches Interesse und welchen Nutzen könnte die weit überwiegende Mehrheit der Wissenschaftler weltweit haben, die These des menschengemachten Klimawandels wie bisher so offensiv zu vertreten, sollte sie tatsächlich wissenschaftlich falsch sein?

Limburg verwies auf die Klimaforschung als Millionengeschäft, bei dem nur derjenige am meisten Geld erhalte, der am lautesten rufe und die dramatischsten Nachrichten verbreite. „Verschont uns mit halbweisen Daten, Zuordnungen und Korrelationen. Das ist Sumpf, nichts anders“, forderte er.

Kuck dagegen drehte den Spieß um. Das große Geld fließe nicht in die Wissenschaft, sondern in Großunternehmen wie beispielsweise dem Öl-Konzern Saudi Aramco. Der erziele jährlich dreistellige Milliardengewinne. Diese Unternehmen setzten Mittel ein, um Klimaskeptiker zu unterstützen. Kuck: „Wer hat das größte Interesse, die Erkenntnisse der Wissenschaft zu widerlegen? Das sind die Unternehmen, die fossile Energie nutzen.“

## DIESE WOCHE

Von **Armin Maus**,  
Chefredakteur unserer Zeitung,  
über Europas Klima-Kurs



„Eine Art Öko-Revolution von oben würde niemandem dienen und nur die Leugner der Klimakatastrophe stark machen.“

# Klimaschutz nur mit den Bürgern

*Nicht in der Zahl, in der Einigkeit liegt unsere größte Stärke. Thomas Paine*

Eine Niedersächsin an der Spitze einer der wichtigsten europäischen Institutionen – das ist schon mal bemerkenswert. Und dann auch noch eine, die Furore macht! Wer Ursula von der Leyen kennt, der konnte sich ausrechnen, dass sie keine verwaltende EU-Kommissionspräsidentin sein würde. Und so geschah's. Mit ihrer Idee vom „Green Deal“ setzt sie sich an die Spitze der Klima-Bewegung. Bisher war Europa ein buntes Konglomerat unterschiedlichster klimapolitischer Aktivitäts- und oft genug Passivitätsgrade, Konzepte und Geschwindigkeiten. Ernst Albrechts Tochter schob das Thema auf der Prioritätenliste nach ganz oben, ähnlich wie es UN-Generalsekretär António Guterres tat. Sie fand dabei zunächst Unterstützung bei der neuen Chefin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, die ebenfalls die erste und eine besonders starke Frau auf diesem wichtigen Posten ist.

Und nun haben sich auch die Staats- und Regierungschef nach, wie es passenderweise heißt, „hitziger“ Debatte darauf verständigt, dass die EU ab 2050 keine zusätzlichen Klimagase mehr in die Umwelt abgeben will. Das ist ein bedeutender Schritt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Situationen in den Mitgliedsstaaten. Polen, das von der Kohle abhängt, hat einen weiteren Weg vor sich als andere.

Für die Kritiker der nach ihrer Meinung bisher völlig unzureichenden Aktivitäten der EU-Staaten steckt im „Green Deal“ ein Zeichen der Hoffnung. Angesichts der von den meisten Wissenschaftlern vorausgesagten dramatischen Klimaveränderungen erschien ihnen das Handeln auf unserem Kontinent als unverantwortlich. Sie sind überzeugt, dass die bisher beschlossenen Maßnahmen – auch der Bundesregierung – nicht ausreichen, um den Temperaturanstieg auf unserem Planeten zu begrenzen. Von der Leyen, der man gelegentlich vorwarf, sie neige zum Solo, bewegt sich auf dem Boden des Konsenses. So scheint es.

Es steht aber die Frage im Raum, wie weit die Übereinstimmung tatsächlich reicht. Und zwar nicht auf den Kabinettssetagen, sondern den Bürgersteigen Europas. In den zahlreichen Mails, Posts und Briefen dieser Woche fand ich häufig den Begriff „Klima-Hysterie“, nicht selten verbunden mit einem Seitenhieb auf „schulschwänzende Jugendliche“ und mit der Sorge, dass unsere Wirtschaft bei einem dramatischen Kurswechsel Schaden nehmen könnte. Die Autoren reichten vom Münchner Musikalienhändler bis zum Braunschweiger Unternehmer. Der Diskussionsbedarf ist offensichtlich.

Die Klima-Debatte, die die AfD diese Woche in der Braunschweiger Stadthalle veranstaltete, dürfte einen Nerv getroffen haben. Andreas Schweiger, Leiter unseres Wirtschaftsressorts, berichtet von einer sachlichen Diskussion zwischen dem Wissenschaftler, der alarmierenden Klimaberechnungen skeptisch gegenübersteht, und dem, den Sorge umtreibt. Unsachlich waren nur Demonstranten, die anderen Bürgern den Zutritt erschwerten und mit dem Anspruch auftraten, sie dürften von den Besuchern Rechenschaft verlangen. Glücklicherweise sind wir noch nicht so weit, dass sich Interessierte erklären müssten, warum sie die Begründung politischer Standpunkte kennenlernen möchten.

Sollte der „Green Deal“ auf eine Art Öko-Revolution von oben hinauslaufen, wäre niemandem gedient. Wir sprechen hier über das kleine Einmaleins der Demokratie: Man kann nicht von Brüssel und den Hauptstädten den Bürgerinnen und Bürgern etwas überstülpen, dessen Sinn und Berechtigung sie nicht sehen. Und es geht um verantwortbare, sinnvolle Schritte. Radikale Maßnahmen, die energieintensiven Unternehmen wie der Salzgitter AG die Luft nehmen, verbessern nicht das Weltklima. Sie helfen nur Herstellern anderswo auf der Welt, deren Verfahren mehr Energie fressen und mit Emissionsproblemen behaftet sind.

Die Entwicklung des Weltklimas



**Ursula von der Leyen.**

legt den Gedanken nahe, dass schnelles Handeln vonnöten sei. Aber wer darüber die Konsensbildung vernachlässigt, wird am Ende die Klimakatastrophe-Leugner stark machen. Auch bei denen, die durchaus bereit sind, im Sinne

der Chancen künftiger Generationen umzusteuern, die aber radikale Wege nicht blind mitgehen wollen.

Kluge Überlegung geht vor Aktionismus, Folgenabschätzung wird extrem wichtig. Sehr bedenkenswert ist, was Lisa Nienhaus in einer Kolumne für „Zeit online“ über den Einsatz der Europäischen Zentralbank für den „Green Deal“ schreibt. Sie sieht die Gefahr, dass die EZB zu wenig auf ihre Eigenständigkeit achten könnte, dass sie mit der Geld-Druckpresse noch stärker zum Finanzier der Politik der Kommission werden könnte. Und das möglicherweise ohne durchgreifende Wirkung für die Umwelt. In der Tat ist viel Staatsgeld für Programme ausgegeben worden, die heute sehr kritisch gesehen werden, von der Kohle über den Diesel bis zum Sonnenstrom.

Ursula von der Leyen hat bisher sehr wenig Konkretes zum „Green Deal“ gesagt, „weil sie schlau ist“, wie die „Welt“ schreibt. Die Belastbarkeit des Klima-Konsenses wird erst sichtbar, wenn volkswirtschaftliche Kosten ins Spiel kommen. Wenn der Preis der Umweltbelastung sich auf Tank- und Heizrechnungen niederschlägt, wenn Unternehmen die Umweltkosten in ihrer Bilanz darstellen müssten – erst dann schlägt die Stunde der Wahrheit. Zugleich wäre dies der Moment, in dem die Kraft der Marktwirtschaft für den Klimaschutz nutzbar würde. Wenn Umweltschonung Kostenvorteile bringt, werden Investitionen wirtschaftlich. Dann kommt es zu Innovationen, die unserem Planeten mehr nutzen als alle Verbote, die grünen Fundis einfallen könnten.

Mit von der Leyen ist eine wirksame europäische Klimastrategie wahrscheinlicher geworden. Möglicherweise um Himmels Willen von Vernunft gelenkt und auf die Zustimmung der Bürger gegründet sein.